

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Carola Ensslen (DIE LINKE) vom 11.06.20

und Antwort des Senats

Betr.: Nutzung der Software CONSUL für die Bürger-/innenbeteiligung

Einleitung für die Fragen:

Die kostenlose Open-Source-Software CONSUL wird von über 100 Kommunen und anderen Hoheitsträgern/-innen auf der ganzen Welt eingesetzt, um Bürgerbeteiligung digital umzusetzen. Mit dem Programm können Debatten geführt werden, die Bürger/-innen können Vorschläge zum Haushalt und anderen Themen einbringen und über diese abstimmen. Dabei ist das Programm an die lokalen Gegebenheiten anpassbar. Das Programm ist unter anderem mit dem United Nations Public Service Award ausgezeichnet und wird vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

Einleitung für die Antworten:

CONSUL und seine Derivate, zum Beispiel die unter anderem in Barcelona eingesetzte Software Decidim, werden vor allem im Bereich „participatory budgeting“ eingesetzt, das heißt, Bürgerinnen und Bürger können für ein vom Parlament freigegebenes Haushaltsbudget (in Barcelona im Rahmen des kommunalen Aktionsprogramms PAM2020 zum Beispiel 75 Millionen Euro) Verwendungsvorschläge machen und über diese abstimmen.

Die Stabsstelle Stadtwerkstatt beschäftigt sich seit 2019 mit CONSUL und dem Thema „participatory budgeting“. Zusätzlich wurde mit dem Projekt Decidim Kontakt aufgenommen, das für die Stadt Barcelona eine eigene Software basierend auf CONSUL entwickelt hat und nutzt. Dieser Austausch ist so weit gediehen, dass geplant ist, zu Testzwecken eine Instanz von Decidim aufzusetzen und die Software unter anderem im Hinblick auf ihre Anschlussfähigkeit an die Hamburger Geodateninfrastruktur zu evaluieren, mit dem Ziel, gegebenenfalls für Hamburg ein Einsatzkonzept zu entwickeln.

Im Unterschied dazu handelt es sich bei der in Hamburg entwickelten Software DIPAS (Digitales Partizipationssystem) um eine kartenbasierte Open-Source-Software für Bürgerbeteiligung, die für den Einsatz durch die Hamburger Verwaltung sowie städtische Unternehmen und Projektentwickler konzipiert wurde. DIPAS setzt auf der Hamburger Geodateninfrastruktur auf und ist vorrangig für die Verwendung in informellen städtebaulichen oder infrastrukturellen Planungsverfahren vorgesehen. Bürgerinnen und Bürger können im Vorfeld von Planungen ihre Wünsche und Ideen einbringen und im weiteren Verlauf zu Planungsvarianten Feedback geben (siehe auch Drs. 21/15691). Die wesentlichen Unterschiede zwischen DIPAS und CONSUL sind begründet im Verwendungszweck: CONSUL ist nicht geodatenbasiert und verfügt über keine Kartenanwendung zur räumlichen Verortung von Beiträgen, DIPAS enthält keine Komponente für „participatory budgeting“ (unter anderem Koppelung an ein digitales Bürgerkonto erforderlich). Im Ergebnis sind beide Systeme für unterschiedliche Einsatzzwecke optimiert und verfügen dort jeweils über besondere Stärken.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

Frage 1: *Wird diese Software bereits auf Landes- oder Bezirksebene eingesetzt?*

Wenn ja, wofür, wo, seit wann und in welchem Ausmaß?

Frage 2: *Plant der Senat den (erweiterten) Einsatz dieser Software?*

Falls ja, welche Nutzungsmöglichkeiten (Einbringen von Vorschlägen, Abstimmungen, et cetera) sollen für die Bürger/-innen freigeschaltet werden? Für wann ist der Beginn der Nutzung geplant?

Falls nein, warum nicht?

Welche andere Software plant der Senat zu nutzen, um digitale Bürgerbeteiligung (Seite 163 des Koalitionsvertrags für die laufende Legislaturperiode) möglich zu machen?

Welche Vor- oder Nachteile hat die vom Senat favorisierte Software gegenüber CONSUL?

Frage 3: *Falls noch keine konkrete Software ins Auge gefasst wurde, welche Kriterien sind für Senat beziehungsweise zuständige Behörde ausschlaggebend, um als geeignete Software in Betracht gezogen zu werden?*

Würde die Software CONSUL diese Kriterien erfüllen?

Antwort zu Fragen 1, 2 und 3:

Eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern über das Internet ist seit der Einführung des FHH-Online-Beteiligungstools 2016 (Vorläufer von DIPAS) möglich, siehe Drs. 21/15691. Im Übrigen siehe Vorbemerkung.

Im Übrigen siehe Vorbemerkung.

Fragen zum digitalen Partizipationssystem DIPAS

Vorbemerkung: *Im November 2017 haben die Stadt Hamburg und die HafenCity Universität (HCU) ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt zur digitalen Bürgerbeteiligung (DIPAS) mit Laufzeit bis Dezember 2020 gestartet.*

Frage 4: *Wie ist der aktuelle Sachstand dieses Projekts?*

Antwort zu Frage 4:

Das Projekt DIPAS wird wie geplant 2020 abgeschlossen.

Frage 5: *Für welche Beteiligungsprozesse genau wird DIPAS eingesetzt beziehungsweise soll es eingesetzt werden?*

Antwort zu Frage 5:

Siehe Drs. 21/15691.

Frage 6: *Warum soll laut Koalitionsvertrag (Seite 163) geprüft werden, inwieweit Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen einer digitalen Bürger/-innenplattform umgesetzt werden können, wenn es doch bereits seit 2017 das Projekt DIPAS gibt? Haben die Koalitionäre das Projekt vergessen?*

Antwort zu Frage 6:

Der Senat ist grundsätzlich bestrebt, die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu erweitern und zu verbessern.

Frage 7: *Welche Vor- oder Nachteile, Ähnlichkeiten oder Unterschiede hat DIPAS gegenüber CONSUL?*

Antwort zu Frage 7:

Siehe Vorbemerkung.